NATO 2030: Zusammenhalt und Partnerschaften im Fokus

Am 14. Juni 2021 werden sich die Alliierten in Brüssel beim NATO-Gipfel der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten auf eine neue Agenda „NATO 2030" einigen. Der Gipfel wird sich auch einer Aktualisierung des Strategischen Konzepts der Organisation widmen. Eine wichtige Grundlage für diese Schritte ist der Bericht einer unabhängigen „Reflexionsgruppe", der die dramatische Veränderung der Sicherheitslage beschreibt, darunter Russland als wichtigste geopolitische Herausforderung im euro-atlantischen Raum, die erweitere Nutzung neuer und disruptiver Technologien sowie der Klimawandel als „Bedrohungsmultiplikator". Der Bericht macht auch deutlich, wie die unterschiedliche Gewichtung aktueller Bedrohungen durch die Verbündeten sowie Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich grundsätzlicher Werte die Konsensfindung in der Allianz erschweren. Um diesen Herausforderungen gerecht zu werden, empfiehlt er Maßnahmen zur Stärkung des politischen Zusammenhalts und den Ausbau von Partnerschaften – auch mit der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft und dem Privatsektor.

Hintergrund

Einer Initiative von Außenminister Heiko Maas folgend wurde NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg auf dem NATO-Gipfel im Dezember 2019 gebeten, einen Reflexionsprozess zur Stärkung der politischen Dimension des Bündnisses einzuleiten. Hierzu setzte der Generalsekretär eine unabhängige Reflexionsgruppe (fünf Frauen und fünf Männer) unter dem Vorsitz des Bundesministers a. D. Thomas de Maizière und des ehemaligen US-Diplomaten A. Wess Mitchell ein. Sie sollte in drei Bereichen Empfehlungen erarbeiten:

1) Stärkung der Einheit, der Solidarität und des Zusammenhalts der Verbündeten,
2) Stärkung der politischen Konsultation und Koordinierung zwischen den Verbündeten und
3) Stärkung der politischen Rolle und der einschlägigen Instrumente der NATO, um gegenwärtigen und zukünftigen Bedrohungen und Herausforderungen zu begegnen.

Die Reflexionsgruppe hat sich innerhalb und außerhalb der NATO umfassend beraten. Der 67 Seiten starke Abschlussbericht „*NATO 2030: United for a New Era*" (in deutscher Übersetzung hier) wurde zum Treffen der NATO-Außenminister am 1./2. Dezember 2020 übermittelt.

Der Wandel im Sicherheits- und Politikumfeld von 2010 bis 2030

Die Expertengruppe beschreibt ein Sicherheitsumfeld, welches sich seit Verabschiedung des Strategischen Konzepts der NATO von 2010 dramatisch verändert hat: Russland hat unter Beweis gestellt, dass es zu territorialer Aggression in der Lage ist und stellt im euro-atlantischen Raum die wichtigste geopolitische Herausforderung dar. China verfolgt eine zunehmend globale strategische Agenda; seine Haltung zu Menschenrechten und dem Völkerrecht stellt den Grundsatz einer regelbasierten internationalen Ordnung infrage. Hybride Angriffe haben zugenommen. Terrorismus stellt eine der unmittelbarsten großen und asymmetrischen Bedrohungen dar. Im kommenden Jahrzehnt werden neue und disruptive Technologien (*Emerging and Disruptive Technologies*/EDTs) eine zunehmende Rolle im Sicherheitsumfeld spielen. Der Klimawandel wird zu einem Bedrohungsmultiplikator. Zuletzt hat die COVID-19-Krise gezeigt, welche schädlichen Auswirkungen Pandemien auch auf die Sicherheit haben können.

NATO 2030: Vision der Reflexionsgruppe

Für 2030 hat die Reflexionsgruppe eine lebendige, nützliche, relevante und beständige NATO vor Augen. Diese NATO soll eine größere Rolle in einer internationalen Ordnung spielen, in der offene Gesellschaften in Sicherheit und Wohlstand gedeihen können. Strategische Partnerschaften – insbesondere mit der EU – sollen sich mit dem Ziel vertiefen, in Fragen von gemeinsamem Interesse unterschiedliche Fähigkeiten und Instrumente synergetisch zu nutzen.

Strategisches Konzept | Angesichts des dramatisch veränderten Sicherheitsumfeldes empfiehlt der Bericht eine Erneuerung des Strategischen Konzeptes von 2010. Außerdem stehen Maßnahmen zur

Stärkung des politischen Zusammenhalts sowie ihrer Konsultations- und Entscheidungsprozesse im Fokus. In einem Verhaltenskodex sollten sich die Verbündeten verpflichten, Geist und Buchstaben des Nordatlantikvertrags treu zu bleiben und für eine offene und stabile internationale Ordnung einzustehen, die auf Rechtsstaatlichkeit und der friedlichen Beilegung von Konflikten beruht. Neu ist der Vorschlag, vermehrt informelle Treffen abzuhalten, um sich mit externen Experten u.a. der Zivilgesellschaft abzustimmen. Wenn es um strategische Partnerschaften geht, sollten sich NATO und EU bemühen, Vertrauen und Verständnis auf höchster Ebene wieder zu beleben. Dazu könnte eine institutionalisierte Verbindung zwischen dem Personal der beiden Organisationen geschaffen werden, die zu koordinierten oder parallelen strategischen Stellungnahmen zu gemeinsamen Fragen und Anliegen führen könnte.

Russland und China | Gegenüber Russland sollte die NATO ihren zweigleisigen Ansatz aus Abschreckung und Dialog fortführen und Wege finden, die Kosten einer potentiellen Aggression zu steigern. Auch Chinas Haltung zu Menschenrechten und Völkerrecht stelle den Grundsatz einer regelbasierten internationalen Ordnung infrage. Trotzdem sollte die NATO offen sein für einen politischen Dialog zu Differenzen und gemeinsamen Interessen und Möglichkeiten der Zusammenarbeit nutzen.

Neue Technologien | Die NATO und ihre Mitglieder müssen laut Bericht mit großen autoritären Staaten um die Vorherrschaft bei disruptiven Technologien konkurrieren und dies als strategische Priorität begreifen. Es gelte, einen rechtlichen und ethischen Rahmen zu schaffen, um wirksam und rechtmäßig in den Bereichen hybrider (Propaganda, Täuschung, Sabotage und andere nicht militärische Taktiken) und Cyberbedrohungen agieren zu können. Auch um der Herausforderung der Desinformation zu begegnen sollte die NATO die Zusammenarbeit mit Partnerstaaten, internationalen Organisationen, dem Privatsektor, Denkfabriken, der Zivilgesellschaft, unabhängigen Medien und der Wissenschaft ausbauen.

Terrorismus | Die Bekämpfung des Terrorismus sollte die NATO als Querschnittsaufgabe begreifen und ausdrücklicher in ihre Kernaufgaben aufnehmen – weiterhin auch dann, wenn sie ihren Ursprung außerhalb des Bündnisgebiets haben.

Klimawandel | Thematisch sollte die NATO verstehen, dass der Klimawandel ihr Sicherheitsumfeld prägt und ihn deshalb im Rahmen ihrer Möglichkeiten bekämpfen. Ebenso sollte der Aspekt der menschlichen Sicherheit in künftige Strategiepapiere einfließen. Insbesondere seien Streitkräfte für die Notwendigkeit zu sensibilisieren, schwache Bevölkerungsgruppen zu schützen. Aufgrund der Erfahrungen mit COVID-19 sollte die NATO Übungen mit einem Schwerpunkt auf unerwartete Ereignisse wie Pandemien und Naturkatastrophen durchführen.

Partnerschaften im Süden | Im „Süden“ des Nordatlantikpakts (ein Gebiet, das im Verständnis der Reflexionsgruppe Nordafrika, große Teile Subsahara-Afrikas und des Nahen Ostens bis hin nach Afghanistan umfasst) sollte die NATO ihre Verbindungen im Rahmen eines koordinierten Ansatzes stärken, insbesondere mit der EU. Die Partnerschaften im Süden sollten auch über andere Kanäle gestärkt werden, etwa in bilateralen NATO+1-Formaten, der Afrikanischen Union, der G5 Sahel und anderen multi- und minilateralen Gruppen. Die Allianz sollte die *Public Diplomacy* und ihre Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft, der Jugend und zukünftigen sicherheitspolitischen Entscheidungsträgern verstärken.

Regionale Partnerschaften | Ihre regionalen Formate sollte die NATO effizienter gestalten. Partnerschaften mit der Ukraine und Georgien, die dem Bündnis beitreten wollen, wären auszuweiten, das Engagement mit Bosnien und Herzegowina zu verstärken. Im gesamten westlichen Balkan gebühre der Bekämpfung der Destabilisierung, insbesondere durch hybride Mittel und Desinformation, besondere Aufmerksamkeit.

Ausblick

In dem veränderten Sicherheitsumfeld hat nicht zuletzt die völkerrechtswidrige Annexion der Krim vor Augen geführt, dass Sicherheit und Frieden keine Selbstverständlichkeiten sind. Auf Grundlage des Berichts der Reflexionsgruppe wird der NATO-Gipfel 2021 wichtige Weichen für die Organisation im Jahr 2030 stellen. Der angestrebte Ausbau der NATO-Partnerschaften würde sich nahtlos in Deutschlands Multilateralismus-Agenda einfügen und dürfte deutliche Auswirkungen auf zukünftige Friedenseinsätze haben – sowohl auf deren militärische als auch zivile Komponenten. Ob die Agenda „NATO 2030“ und die Neuauflage des Strategischen Konzepts zu einer „neuen Ära“ führen können, liegt in der gemeinsamen Umsetzung durch die Bündnispartner.